



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen

Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Akademien der
Wissenschaften, Museen und wissenschaftliche Sammlungen

Wissenschaftsrat

Tübingen, 1965

2. Sozialwissenschaften

urn:nbn:de:hbz:466:1-8246

arbeitenden Instituten angezeigt. Solange sie nicht verwirklicht ist, sollten die Institute in allen Grundsatzfragen die Zusammenarbeit mit den großen Wirtschaftsforschungsinstituten anstreben.

Die ideelle wirtschaftliche und rechtliche Sonderstellung der Genossenschaften in unserer Wirtschaftsordnung rechtfertigt spezielle Untersuchungen ihrer Probleme. Sie weisen allerdings in sehr verschiedenartige betriebs- und volkswirtschaftliche Zusammenhänge. Spezialinstitute — von denen nur eins in den Rahmen dieser Untersuchung fällt (Nr. 107) —, die nebeneinander alle Probleme bearbeiten wollen, können ebenso sehr als Hemmung wie als Hilfe wirken. Bei dieser Sachlage sollte wie bei den Handwerksinstituten an eine Konzentration der Kräfte gedacht und im übrigen auf ständige Zusammenarbeit der Institute untereinander und mit den großen Instituten geachtet werden.

VIII. 2. Sozialwissenschaften

Die sozialwissenschaftlichen Disziplinen waren in Deutschland während der nationalsozialistischen Periode in ihrer Entwicklung gelähmt und mußten nach 1945 fast von vorne beginnen. Seitdem haben sie in der Bundesrepublik einen starken Aufschwung genommen, der namentlich auch durch die Übernahme der in England und Amerika ausgebildeten Methoden der empirischen Sozialforschung gekennzeichnet ist. Damit entstand das Bedürfnis, neben den Hochschulinstituten selbständige Forschungsinstitute vorwiegend für die empirische Forschung zu gründen, die einen größeren Stab geschulter Mitarbeiter und hohe Sachmittel erfordert. Nur im Fall des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (Nr. 113) konnte dabei auf eine ältere Tradition zurückgegriffen werden. So entstanden die neuen Institute in Abhängigkeit von der Initiative einzelner Personen und der Bereitschaft potentieller Geldgeber, also ohne übergreifenden Plan. Oft hing es von Zufällen ab, ob solche Institute innerhalb oder außerhalb von Hochschulen gegründet wurden, und gelegentlich wechselte dieser Status auch.

Seit Anfang der 60er Jahre ist eine gewisse Konsolidierung eingetreten, und die erste Gründungsperiode kann als abgeschlossen gelten. Doch ist die Entwicklung dieser Disziplinen wissenschaftlich und personell noch immer in starkem Fluß, und es muß daher mit weiterer Expansion gerechnet werden. Der gegenwärtige Institutsbestand ist zwar in Anbetracht der vorhandenen Kräfte eher schon zu groß als zu klein. Für alle weiteren Gründungen ist daher Vorsicht geboten und sollte besonders sorgfältig geprüft werden, ob es notwendig ist, über den Rahmen eines Hochschulinstituts hinauszugehen. Aber der heutige Bestand kann mit oder ohne die Hochschulinstitute in keinem Sinne als endgültig und abgerundet angesehen werden.

Die Vorläufigkeit des gegenwärtigen Zustandes läßt sich daran ablesen, daß bisher nur einige der kleineren Institute sich auf Teilgebiete der Sozialforschung beschränkt haben, während die Mehrzahl, und gerade die größeren Institute, ihren Apparat für wechselnde Forschungsprogramme einsetzen. Einstweilen steht die empirische Erforschung der westdeutschen Sozialstruktur im Vordergrund, wobei Probleme der Industriesoziologie, der Gemeindesoziologie, der politischen Soziologie und der Soziologie des Bildungswesens eine besondere Rolle spielen. Alle diese Probleme werden aber auch an Hochschulinstituten bearbeitet, wie umgekehrt die Grundlagenforschung jedenfalls an den Instituten, die nicht finanziell ganz oder überwiegend von Forschungsaufträgen abhängen, gleichfalls gepflegt wird. Der Umstand, daß die Leiter (bei der Sozialforschungsstelle Dortmund auch die Abteilungsleiter) meist zugleich beamtete Hochschullehrer sind, begünstigt diese gegenseitige Austauschbarkeit der Programme und erklärt zugleich, daß manche der Institute, wie namentlich das Frankfurter Institut für Sozialforschung, faktisch wie Hochschulinstitute auch der Ausbildung von Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen. Beispiel einer nicht bloß rechtlichen, sondern auch faktischen Distanz zur Hochschulforschung bilden andererseits die Forschungseinrichtungen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (Nr. 110) und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt (Nr. 112).

Mit dem Vorbehalt, daß wechselnde Arbeitsziele und fließende Grenzen zwischen ihnen jede Einteilung fragwürdig machen, kann man etwa Institute für allgemeine Sozialforschung und sozialwissenschaftliche Spezialinstitute unterscheiden.

a) Institute für allgemeine Sozialforschung

Hierzu gehören in erster Linie folgende drei Institute:

Die 1946 gegründete Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund (Nr. 111), die verschiedene ältere Forschungseinrichtungen in sich aufnahm, stellt nach ihrem Etat und der Zahl der Mitarbeiter die gegenwärtig größte soziologische Forschungseinrichtung in der Bundesrepublik dar. Das Institut hat zum Wiederaufbau der deutschen Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg wesentliche Beiträge geleistet. Es stand viele Jahre zur Universität Münster nur in loser Verbindung, die zudem durch die räumliche Trennung erschwert war, und stellte lange mehr eine Addition von verschiedenen Abteilungen und sehr unterschiedlichen Forschungsrichtungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte, der Volkskunde, der Industriesoziologie und der Gemeindesoziologie dar. Erst unter der jetzigen Leitung der Inhaber der Lehrstühle für Soziologie an der Universität Münster trat in der inneren Struktur des Instituts ein starker Wandel

ein. Die Pläne der Leitung gehen dahin, das Institut künftig personell und räumlich wesentlich enger mit der Universität Münster zu verbinden, also auch seinen Sitz nach Münster zu verlegen.

Angesichts der erheblichen personellen Schwierigkeiten, denen das Institut bisher in seiner isolierten Lage ausgesetzt war, kann der Plan einer engeren Verbindung mit einer Hochschule befürwortet werden, während die Umwandlung in ein reines Universitätsinstitut wegen der weit gespannten, auf empirische Forschung gerichteten Aufgaben des Instituts keinen Vorteil verspricht.

Die Zahl der Mitarbeiter des Instituts und seine Gliederung in mehrere Abteilungen erlauben es, in ihm jeweils mehrere Forschungsvorhaben auf verschiedenen Gebieten nebeneinander durchzuführen. Im Interesse der wissenschaftlichen Selbständigkeit der Abteilungsleiter braucht darauf auch nicht verzichtet zu werden. Doch könnte das wissenschaftliche Gesamtbild des Instituts durch eine stärkere Koordination der Arbeiten gewinnen.

Das 1950 wiedergegründete Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt (Nr. 113) führte in den Personen seiner beiden ersten Leiter die Tradition des alten, von 1923 bis 1934 tätig gewesenen Instituts fort; es hat ebenso wie das Dortmunder Institut durch die in ihm geleisteten Forschungsarbeiten wesentlichen Anteil am Wiederaufbau der Soziologie in Deutschland. Das Institut hat die Rechtsform einer selbständigen Stiftung, ist aber sowohl personell wie institutionell und in seiner Tätigkeit eng mit der Universität Frankfurt verbunden und nimmt neben den Forschungsaufgaben ständig in großem Umfang Lehraufgaben wahr. Die Universität hat daher auf ein eigenes Institut für Soziologie verzichtet. Unter diesen Umständen läge der Gedanke nahe, das Institut auch rechtlich voll in die Universität einzugliedern. Doch steht dem außer der Tradition des Institutes — wie im Falle von Dortmund — der Umstand entgegen, daß seine vielfältigen empirischen Untersuchungen einen Stab von ständigen Mitarbeitern und Einrichtungen erfordern, die über den Rahmen eines Hochschulinstitutes hinausgehen. Die Finanzierung wird, wie bei der Universität, durch das Land Hessen und die Stadt Frankfurt gemeinsam geleistet; dazu kommen Zuschüsse des Bundes. Das Institut verdient auch weiterhin nachhaltige Förderung.

Dem Frankfurter Institut kommt die Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (Nr. 110) in der Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Höhe der Mittel sehr nahe. Doch ist ihr Interesse für die empirische Forschung bisher weniger stark; andererseits umfaßt das Arbeitsgebiet dieser Forschungsstelle nicht nur soziologische, sondern auch wirtschaftswissenschaftliche Probleme und wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fragen der Entwicklungsländer,

ist also wesentlich weiter. Im Gegensatz zu den beiden Instituten in Dortmund und in Frankfurt besteht keine nähere Verbindung mit einer Hochschule. Dafür hat die Forschungsstelle eigenen Kontakt mit der Praxis, insbesondere auch aus dem Bereich der Gewerkschaften.

Die kleineren, zur Gruppe der Institute für allgemeine Sozialforschung zu rechnenden Forschungseinrichtungen haben meist nur die Funktion zusätzlicher Hilfe zur Erweiterung des Forschungspotentials eines einzelnen oder einer Gruppe von Hochschullehrern. Hier sollte jeweils die Verschmelzung mit dem betreffenden Hochschulinstitut erwogen werden.

b) Sozialwissenschaftliche Spezialinstitute

Die sozialwissenschaftlichen Spezialinstitute stellen erst recht keinen einheitlichen Typus dar. Das Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung in Freiburg (Nr. 115) war so sehr auf die Person seines Gründers zugeschnitten, daß nach seinem Tode der künftige Arbeitsstil abzuwarten bleibt. In enger personeller Verbindung mit den Universitäten Bonn und Köln steht das vom Bund und dem Lande Nordrhein-Westfalen gemeinsam errichtete Institut für Mittelstandsforschung in Köln (Nr. 116). Sozialpolitische Probleme stehen im Mittelpunkt der Arbeiten der Forschungsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt a. M. (Nr. 112) und des Soziographischen Instituts an der Universität Frankfurt (Nr. 114) sowie des Instituts für Selbsthilfe und Sozialforschung in Köln (Nr. 117). Sozialpolitische Probleme nehmen auch in der bereits genannten Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (Nr. 110) einen breiten Raum ein. Die Forschung auf diesem Gebiet bedarf der Verstärkung, sollte aber vor allem an den Hochschulen gepflegt werden. Die Soziologie des Bildungswesens, die neuerdings in Deutschland starkes Interesse findet, wird gegenwärtig an mehreren Hochschulinstituten und nunmehr auch an der soziologischen Abteilung des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft (Nr. 8) bearbeitet (vgl. S. 94).

Abgesehen von dem letztgenannten Fall gehören die hier behandelten sozialwissenschaftlichen Institute keiner größeren Trägergesellschaft an, sondern werden zumeist von einzelnen Vereinen oder Stiftungen bürgerlichen Rechts getragen. Für ihre Finanzierung spielen private Mittel eine noch geringere Rolle als bei den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten. Hauptgeldgeber sind vielmehr das Sitzland und in einigen Fällen (Arnold-Bergstraesser-Institut, Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Institut für Mittelstandsforschung) auch verschiedene Bundesressorts. Eine Bereinigung der Systemlosigkeit wäre auch hier angezeigt. Die Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft deutscher sozialwissenschaftlicher Institute mit dem Ziel besserer

gegenseitiger Information und der Abstimmung der jeweiligen Forschungsprogramme sollte hier wie im Falle der wirtschaftswissenschaftlichen Institute vorangetrieben werden.

VIII. 3. Wissenschaft von der Politik

Als selbständige Disziplin, die gegenüber der Geschichtswissenschaft auf der einen, dem Verfassungsrecht und der Allgemeinen Staatslehre auf der anderen Seite eigene Ziele und Methoden entwickelt, ist diese Wissenschaft in Deutschland noch sehr jung. Besondere Lehrstühle und Hochschulinstitute wurden dafür erst nach 1945 eingerichtet. Die Weimarer Republik besaß nur zwei Einrichtungen dieser Art: die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin; die aber nicht Universitätsaufgaben hatte, und das Institut für Auswärtige Politik in Hamburg. Jene ist heute als Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin eingegliedert und daher hier nicht zu behandeln, ebenso nicht die neugegründete Hochschule für Politische Wissenschaften in München, die nur eine kleine, unselbständige Forschungsstelle unterhält.

Die Entwicklung der neuen Disziplin vollzog sich seit 1945 hauptsächlich im Rahmen der Hochschulen und in Verbindung mit ihren Lehraufgaben; auch das 1950 in Berlin als hochschulfreie Einrichtung gegründete Institut für Politische Wissenschaften wurde 1958, ebenso wie das Otto-Suhr-Institut, der Freien Universität eingegliedert. Hier sind daher nur drei Forschungseinrichtungen zu nennen:

Das von der Stadt Hamburg unterhaltene Institut für Auswärtige Politik in Hamburg (Nr. 122) besteht im wesentlichen aus einer wertvollen Spezialbibliothek. Eigene Forschungsarbeiten werden zur Zeit nicht unternommen. So wichtig die Unterhaltung der Bibliothek ist, so wenig kann ihre Isolation befriedigen. Der Ausbau zu einer aktiven Forschungsstätte würde einem dringenden Bedürfnis entsprechen.

Das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft in Bonn (Nr. 121) wird seit 1955 von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik getragen. Seine Bedeutung liegt bis heute vor allem auf dem Gebiet der Dokumentation und der Anregung und Organisation von Forschungsprojekten, während es bisher kaum eigene Forschungen unternommen hat. Es verdient in seiner Eigenart, die von der Trägergesellschaft schrittweise zu einer dem Chatham House in London entsprechenden Einrichtung entwickelt werden soll, volle Unterstützung, kann aber ein eigentliches Forschungsinstitut nicht ersetzen.

Das Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie) in Köln (Nr. 123), das 1961 als Bundesanstalt im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern gegründet worden ist, widmet sich der systematischen Analyse des Weltkommunismus, besonders im Ostblock, und untersucht in seinen drei Abteilungen die ideologischen Grundlagen des Kommunismus und ihre